

Bundesregierung verbietet Islamistisches Zentrum Hamburg - Razzien in 8 Bundesländern

Bundesinnenministerin Faeser verbot das Islamische Zentrum Hamburg als iranisches Propagandazentrum; Razzien in mehreren Bundesländern folgen.

Berlin/Hamburg – Das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat weitreichende Auswirkungen auf die Sicherheit und den Zusammenhalt in Deutschland. Die Entscheidung, die als bedeutendes Propagandazentrum des iranischen Regimes angesehen wird, bezieht sich nicht nur auf die Organisation selbst, sondern auch auf die unmittelbaren Folgen für mehrere Moscheen und Schiitische Gemeinden im ganzen Land.

Politischer Hintergrund und Forderungen

Der Schritt, das IZH zu schließen, kommt nicht überraschend. Bereits seit Jahren gibt es Bestrebungen, das Zentrum als Drehscheibe für die Operationen des iranischen Regimes zu identifizieren und dessen Aktivitäten zu beobachten. Der Bundestag und die Hamburgische Bürgerschaft hatten mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, gegen extremistisches Gedankengut vorzugehen, das aus diesem Zentrum ausgeht.

Durchsuchungen und Razzien

Im Rahmen des Verbots gab es am frühen Morgen umfangreiche Durchsuchungen in insgesamt acht Bundesländern, die darauf abzielen, die Verbindungen und die Einflussnahme des Zentrums

zu dokumentieren. In insgesamt 53 Objekten, darunter auch die Imam Ali Moschee in Hamburg, einigten sich die Behörden auf eine umfassende Strategie zur Bekämpfung extremistischer Strömungen. Dies sind bedeutende Maßnahmen, die das öffentliche Sicherheitsbewusstsein schärfen können.

Auswirkungen auf die Schiitische Gemeinschaft

Das Verbot umfasst auch die Schließung von vier weiteren schiitischen Moscheen. In Deutschland gibt es schätzungsweise 150 bis 200 schiitische Gemeinden. Die Entscheidung begrüßt das American Jewish Committee Berlin, das in diesen Maßnahmen einen Schritt gegen Antisemitismus und Hass sieht. Es ist wichtig zu betonen, dass die friedliche Ausübung des schiitischen Glaubens von diesen Maßnahmen nicht betroffen ist.

Extremistische Ideologien und Frauenrechte

Das Ministerium hat betont, dass das IZH extremistische und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf politische Strukturen, sondern auch auf gesellschaftliche Werte wie Frauenrechte und demokratische Normen. Die Ideologie des Zentrums steht im Widerspruch zu den Grundwerten der deutschen Verfassung und stellt eine direkte Bedrohung für die demokratische Gesellschaft dar.

Die Rolle des IZH und der iranischen Einfluss

Bundesinnenministerin Faeser hob hervor, dass das IZH eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der libanesischen Hisbollah und der Verbreitung von Antisemitismus spielt. Dies zeigt, wie tief die Verbindungen zwischen solchen Zentren und

international operierenden Extremisten sind. Das Ministerium erklärte, dass das IZH sich über Generationen hinweg konspirativ verhalten habe, um den Eindruck einer rein religiösen Institution aufrechtzuerhalten, während im Hintergrund politische Agenden verfolgt wurden.

Die Schließung des IZH wird von vielen als ein entscheidender Schritt angesehen, um den Einfluss des iranischen Regimes auf die deutschen Sicherheitsstrukturen und das gesellschaftliche Leben zu verringern. Es bleibt abzuwarten, wie die Schiitische Gemeinschaft auf diese Maßnahmen reagieren wird und welche weiteren Schritte die Regierung plant, um Extremismus in Deutschland zu bekämpfen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de